

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, ...

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unsern Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen ...

Nr. 11

Mittwoch, 6. Januar.

1892

Politische Uebersicht.

Posen, 6. Januar.

In einer Uebersicht über das vergangene Jahr ergeht sich der „Hamb. Korresp.“ in sonderbaren Betrachtungen über das Verhältnis des „Radikalismus“ zur jetzigen Regierung.

Mit großer Befriedigung giebt die „Kreuztg.“ heute einen Artikel der „Konf. Korresp.“ wieder, mit dem „offiziellen A-Zeichen, als Beweis, daß es eine Kundgebung des Vorstandes der Abgeordnetenhaus-Fraktion ist.“

Die Konservativen unter sich. Die „Post“ meint, es sei interessant, daß die „hauptsächlich von Regierungsarbeiten lebende“ „Nordd. Allg. Ztg.“ jetzt „eine der wesentlichsten Stützen der Fortdauer des Streikes zu sein sich bemüht.“

Die literarischen Wuppertthaler Volksblätter sind in die Hände einer Aktiengesellschaft übergegangen und sollen künftig so redigirt werden, daß ihre Haltung der Annäherung des Zentrums an die Regierung mehr entspreche.

Der schweizerische Bundesrath hat wegen der mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn vereinbarten Handelsverträge eine Botschaft an die Bundesversammlung gerichtet, in welcher es heißt, jeder der beiden Beiträge gewähre dem Lande dasjenige Maß von Befriedigung, welches unter Berücksichtigung aller Faktoren hätte erwartet werden können.

eine etwas tiefer greifende Beschneidung nicht zu ertragen schienen. Die Landwirtschaft habe wesentliche Vortheile erzielt. Zu Gunsten des Gewerbes, sowie einiger für den inländischen Absatz arbeitenden Zweige der Großindustrie seien mit wenigen Ausnahmen im schweizerischen Zolltarif solche höhere Ansätze stehen geblieben, wie sie mit den wirtschaftlichen Bedingungen der Schweiz verträglich seien.

Die Bundesversammlung ist zur Ratifikation der neuen Handelsverträge auf den 18. Januar einberufen worden.

Die vielbesprochene Reise der Zarin nach Frankreich wird vom „Journal des Débats“ für vorläufig unwahrscheinlich erklärt. Die Regierung sei von einem derartigen Besuche noch nicht verständigt worden.

Wie die „Agence de Constantinople“ meldet, ist die bulgarische Denkschrift über den bulgarisch-französischen Zwischenfall am Sonnabend dem Großvezier Dshewad-Bascha in Konstantinopel überreicht worden.

Der schwedische Reichstag, welcher dem Grundgesetze gemäß am 15. Januar zusammentreten soll, wird der ministeriellen „Norrköpings Tidn.“ zufolge erst am 21. Januar im Reichssaale des königlichen Schlosses feierlich eröffnet werden.

Die aus Batu (am Westgestade des Kaspiischen Meeres) gemeldeten Gewaltthatigkeiten zwischen Persern und Russen hatten, wie aus Petersburg berichtet wird, keinerlei religiösen oder politischen Charakter; ähnliche Vorkommnisse seien in dieser noch wenig kultivirten Gegend ziemlich häufig.

Deutschland.

Berlin, 5. Jan. Eine seltsame Enthüllung kommt durch die hochpoetischen „Mecklenburger Nachrichten“ an die Öffentlichkeit. Dies Blatt behauptet mit bitteren Ausdrücken der stärksten Erregung, daß Mecklenburg soeben durch Preußen in Sachen der Militärkonvention vergewaltigt worden sei.

noch ein oder ein paar Male wieder. Die „Mecklenb. Nachr.“ reden von der Erzeugung der „Rückficht durch Rückfichtslosigkeit, des Rechts durch die Macht des Stärkeren.“ Preußen mache sich Feinde, wo es Freunde haben könnte, durch eine Politik, „die gegen sich aufbringe, um nicht zu saagen, empöre.“

Ueber die Frage, ob neue strafrechtliche Bestimmungen gegen das Zuhälterwesen noch in dieser Tagung des Reichstages eingebracht werden sollen, sind widersprechende Nachrichten verbreitet.

Das bekannte kaiserliche Schreiben, in Anlehnung an den Proseß Heinze, hatte zunächst die preussische Regierung und auf deren Anregung die Reichsregierung veranlaßt, der Frage näher zu treten.

Die Studentenschaft in Königsberg hat dem Kultusminister um Beibehaltung der bisherigen Ferienordnung petitionirt. Die Ferien hätten für den Studenten eine andere Bedeutung als für den Schüler.

Hans Most war einst der Abgott der Berliner Sozialdemokraten. Er verließ beim Inkrafttreten des Sozialistengesetzes Berlin. Alle nur erdenklichen Ehren wurden ihm dabei in sozialdemokratischen Versammlungen erzeigt.





